



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Schule und Kultur

Es informiert Sie:	Susanne Heinrich
Telefon:	02104/99-2081
Fax:	02104/99-5003
E-Mail:	susanne.heinrich@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 28.03.2014

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur

Sitzungstermin Donnerstag, den 20.03.2014, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Wolfgang Diedrich

Mitglieder

Ruth Adomaitis
Melanie Falkenstein
Jochen Gödde
Ursula Greve-Tegeler
Anne Gronemeyer
Brigitte Hagling
Rainer Hübinger (bis 16.20 Uhr)
Ingmar Janssen
Ursula Klützke
Martina Köster-Flashar
Rolf Kramer
David A. Lungen
Klaus Rohde
Dieter Schmoll
Reinhard Schulze Neuhoff
Elke Thiele
Bernd Tondorf

Verwaltung

Dr. Barbara Bußkamp
Volker Freund
Désirée Geisler
Ulrike Haase

Susanne Heinrich
Ralf Hermann
Daniela Hitzemann
Sandra Holverscheid
Catherine Klages
Anette Pesler
Christin Rust

Gäste

Frau Grewer-Willwoll
Frau Kämmer
Frau Lehmann
Frau Schneider
Herr Flanze
Herr Schidelko
Herr Schwafferts
Herr Viehhöfer

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.11.2013
3. Informationen der Verwaltung
4. Ferienbetreuung an den Schulen für Geistige Entwicklung - Sachstandsbericht 40/006/2014
5. Elternbeitrag für die Teilnahme an der Offenen Ganztags- schule - Förderschulen in der Trägerschaft des Kreises Mettmann in Monheim am Rhein 40/005/2014
6. Umsetzung der Zukunftsplanung Berufskollegs - Sachstandsbericht 40/003/2014
7. Zukunftsplanung Berufskollegs
 - 7.1. - Einrichtung des dualen Bildungsgangs IT- Fachinformatiker/in am Berufskolleg Ratingen 40/034/2013
 - 7.2. - Erweiterung der Zügigkeit des Bildungsganges "Berufliches Gymnasium für Gesundheit" am Berufskolleg Neandertal in Mettmann 40/014/2014
 - 7.3. - Erweiterung der Zügigkeit des Bildungsganges "Berufliches Gymnasium im Fachbereich Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften" am Berufskolleg Hil- 40/015/2014

den

8. Qualifizierung und Beratung von Jugendlichen an den Berufskollegs des Kreises Mettmann
- 8.1. -Evaluierung der Qualifizierungsprojekte von Jugendlichen für den Arbeitsmarkt 40/008/2014
- 8.2. Finanzierung der Schulsozialarbeit 40/009/2014
hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 06.02.2014
9. Regionales Bildungsnetzwerk - Kommunale Koordinierung Übergang Schule-Beruf
- mündlicher Bericht
10. Offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Schule und Kultur 40/013/2014
11. Nachträge
- 11.1. Kurzzeitparkplätze am Medienzentrum 40/016/2014
Hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 13.03.2014

Nicht öffentlicher Teil

12. Informationen der Verwaltung
13. Auftragsvergabe: Schülerbeförderung von und zu den Förderschulen des Kreises Mettmann ab dem Schuljahr 2014 / 2015 40/010/2014
14. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Anwesenheit des Ausschusses fest. Für die CDU-Fraktion wird Frau Cebulla durch Herrn Kramer vertreten. Für die SPD-Fraktion vertritt Frau Adomaitis Frau Dinkelmann. Für die Fraktion DIE LINKE. nimmt Herr Koester für Herrn Gutt an der Sitzung teil. Damit wird die Beschlussfähigkeit festgestellt. Dem Tagesordnungsvorschlag wird ohne Änderungen zugestimmt.

Als Berichterstatter für den Kreistag bezüglich der Tagesordnungspunkte 5 sowie 7.1 – 7.3 wird Herr Janssen von der SPD-Fraktion benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.11.2013

Die Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2013 wird ohne Änderungen einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Frau Geisler berichtet über die Ergebnisse der jüngsten Sprachstanderhebung. Die Quote der Kinder, die Sprachauffälligkeiten zeigten, liegt kreisweit bei 22,6 % (NRW 25 %) und entspricht dem Niveau des Vorjahres. Aufgrund der anstehenden Änderungen des Kinderbildungsgesetzes wird in 2014 vermutlich zum letzten Mal eine Sprachstanderhebung für alle Kinder durchgeführt. Nach der neuen Regelung werden dann nur die Kinder getestet, die entweder keine oder eine Kindertagesstätte ohne Sprachförderung besuchen. Die Zusammenfassung der Sprachstanderhebung ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Zur Problematik der nicht besetzten Schulleitungsstellen wird erläutert, dass landesweit 715 Stellen nicht besetzt sind. In 350 Fällen handelt es sich dabei um Grundschulen. Im Kreis Mettmann sind derzeit acht Schulleitungsstellen unbesetzt.

Frau Dr. Bußkamp weist auf den neu entwickelten Flyer „Museen und Erlebnisräume“ hin, der im neanderland-Design gestaltet wurde. Er enthält Anregungen für Ausflüge im gesamten Kreisgebiet.

Beim diesjährigen Regionalwettbewerb „Jugend musiziert“ waren annähernd 200 Teilnehmende zu bewerten. Dies ist eine deutliche Steigerung im Vergleich zum Vorjahr. Auffällig ist, dass die Beteiligung von älteren Jugendlichen deutlich abnimmt. Die Kooperation mit der Musikschule Langenfeld für die Durchführung der Veranstaltung verlief perfekt.

In diesem Jahr finden die „neanderland-TATORTE – offene Ateliers“ am 10./11. Mai 2014 statt. Dazu haben sich 132 Künstlerinnen und Künstler angemeldet. Weitere Informationen sind unter www.neanderland-tatorte.de zu finden.

Herr Hermann berichtet über die in 2013 von der Schulverwaltung in Kooperation mit der Polizei durchgeführten Kontrollen der Schulbuslinien. Positiv ist festzuhalten, dass in keinem Fall gravierende Mängel zu beanstanden waren. Gleichwohl werden konsequent alle Verstöße bußgeldrechtlich durch die Polizei verfolgt. Bei der Neuvergabe von Schulbuslinien werden zudem höhere Standards zu Grunde gelegt.

Herr Freund berichtet zum Thema Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket. Das Kreissozialamt hat die Städte informiert, dass die verbleibenden Restmittel über das Jahr 2014 weiter verwendet werden können. Die Verlängerung umfasst auch die Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket an den Berufskollegs des Kreises. Dazu wird ein Abstimmungsgespräch mit den Städten am 28.03.2014 erfolgen. Wie bereits der Presse zu entnehmen war, hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales entschieden, diese Maßnahme nicht weiter zu verlängern.

Das Anmeldeverfahren „Schüler Online“ ist kreisweit etabliert und funktioniert erfolgreich. Knapp vierzig Schulen der Sekundarstufen I/II beteiligen sich bereits. Weitere Schulen zeigen Interesse, sich im nächsten Jahr anzuschließen. Herr Freund dankt insbesondere den Schulen und deren Sekretariaten, die die dafür erforderlichen organisatorischen Veränderungen umgesetzt haben.

Vom 19. bis 23. Mai 2014 finden in Düsseldorf die nationalen Wettkämpfe der Special Olympics statt. Erwartet werden rund 4.500 Athleten, die sich in über zwanzig Sportarten messen. Von den Förderschulen für Geistige Entwicklung des Kreises Mettmann, der WfB und anderen wird eine große Delegation an den Wettkämpfen teilnehmen. In Abstimmung mit der Bürgermeisterkonferenz soll es im Nachgang einen Empfang der Sportler aus dem Kreisgebiet geben.

Herr Freund weist auf die Veranstaltung „Der Mettmanner Weg zur schulischen Inklusion“ am 05. April 2014 im Berufskolleg Neandertal in Mettmann hin. Dort werden die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung präsentiert. Über den Ausschuss hinaus sind auch politische Vertretungen aus den Städten des Kreises zu diesem Vortrag eingeladen.

Zu Punkt 4:	Ferienbetreuung an den Schulen für Geistige Entwicklung
	- Sachstandsbericht
	- Vorlage Nr. 40/006/2014

Frau Köster-Flashar begrüßt die dargestellten Ergebnisse. Herr Hermann beantwortet Nachfragen zu Einzelaspekten wie folgt:

Für die Schule an der Virneburg besteht für die Sommerferien eine Nachrückerliste, da die Nachfrage die zur Verfügung stehenden Ferienplätze übersteigt. Die Warteliste umfasst für die erste Woche vier Kinder, für die zweite Woche zwei Kinder und für die dritte Woche ein Kind.

Die eingesetzten Kräfte im Freiwilligen Sozialen Jahr durchlaufen mehrere Schulungen, die sie auf ihre Aufgaben im Umgang mit behinderten Kindern vorbereiten.

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 5: Elternbeitrag für die Teilnahme an der Offenen Ganztagschule
- Förderschulen in der Trägerschaft des Kreises Mettmann in Monheim am Rhein
- Vorlage Nr. 40/005/2014**

Die Brisanz des Themas ist u. a. erkennbar an der Tatsache, dass die Verwaltung keine konkrete Beschlussempfehlung formuliert hat, sondern verschiedene Handlungsvarianten aufzeigt. Auf Nachfrage erläutert Frau Haase, dass aus Sicht der Verwaltung die befristete Umsetzung der Variante 3.2 (analoge Anwendung der Langenfelder Regelung) bevorzugt würde.

Herr Rohde erläutert, dass zunächst die Beratung im Fachausschuss abgewartet werden soll um dann eine Positionierung mit der gesamten Kreistagsfraktion abzustimmen. Daher beantragt die CDU-Fraktion die Verweisung ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss.

Frau Köster-Flashar beantragt, das Verfahren nach Ziffer 3.4 der Handlungsvarianten bereits jetzt für die Schülerinnen und Schüler aus Monheim anzuwenden und Elternbeiträge entsprechend dem Mittelwert der städtischen Gebührenstaffelungen zu erheben.

Herr Janssen betont, dass bei allen Handlungsvarianten die Gerechtigkeitsfrage jeweils unterschiedlich bewertet werden kann. Insofern sei keine der vorgetragenen Alternativen ohne Schwächen. Die SPD-Fraktion unterstützt dennoch die Variante 3.2 der Verwaltung als die aktuell pragmatische Lösung.

Herr Koester erklärt, dass aus Sicht der Fraktion DIE LINKE die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuungsangebote des Offenen Ganztags grundsätzlich abgeschafft werden sollte und daher keine der vorgeschlagenen Handlungsvarianten befürwortet wird.

Ergänzend zu den in der Vorlage genannten Alternativen bringt Frau Hagling einen weiteren Handlungsvorschlag ins Gespräch und beantragt im Namen der UWG-ME in Anlehnung an Variante 3.3:

Die Kreisverwaltung führt mit der Stadt Monheim Verhandlungen bezüglich des zu zahlenden Elternbeitrags für den Besuch einer offenen Ganztagschule in Trägerschaft des Kreises Mettmann für Kinder und Jugendliche aus der Stadt Monheim am Rhein mit dem Ziel, dass die Stadt Monheim befristet den Differenzbetrag ausgleicht, bis eine eigenständige Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an der Offenen Ganztagschule erlassen wird.

Herr Gödde begrüßt den von der Stadt Monheim am Rhein eingeschlagenen Weg. Der in der nächsten Wahlperiode zu bildende Fachausschuss für Schulen könnte diesem Beispiel ebenfalls folgen. In der momentanen Situation könnte aber der Antrag der UWG mitgetragen werden.

Herr Schulze Neuhoff erläutert, dass seine Fraktion sowohl den Alternativen 3.3 b) als auch 3.2 hätte zustimmen können. Da allerdings absehbar sei, dass aufgrund des Beratungsbedarfes der CDU die Vorlage in den Kreisausschuss verwiesen werde, solle die Zwischenzeit genutzt werden, um den von der UWG vorgeschlagenen Ansatz zu prüfen.

Herr Freund unterstreicht, dass die Variante 3.4 zur Zeit noch nicht umgesetzt werden könne, da zunächst die Veränderungen in der Förderschullandschaft abzuwarten seien. Erst dann mache eine einheitliche Regelung und Gebührenerhebung für alle Schulen in Trägerschaft des Kreises Sinn. Gleichwohl sei erkennbar, dass die Langenfelder Gebührenregelung einem Mittelwert sehr nahe kommt. Daher könne ein Verfahren gemäß Vorschlag 3.2 a) vermutlich problemlos umgesetzt werden.

Frau Hagling gibt zu Bedenken, dass die Anwendung von Langenfelder Regelungen auf Monheimer Eltern ebenfalls zu Kritik und Ungerechtigkeiten führen würde. Daher werde diese Alternative von ihrer Fraktion nicht mitgetragen.

Frau Haase weist darauf hin, dass es keine Leistungspflicht der Stadt gegenüber dem Kreis gibt. Dennoch besteht Bereitschaft, zu diesem Thema die Stadt Monheim am Rhein anzusprechen.

Herr Janssen betont, dass eine Entscheidung zu diesem Thema in Kürze getroffen werden muss. Es wäre daher wünschenswert, wenn die Verwaltung zügig eine Resonanz der Stadt Monheim zur Verfügung stellen könnte, damit auch die CDU-Fraktion bis zum Kreisausschuss ihre Meinungsbildung abgeschlossen haben kann.

Der Ausschuss verweist die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung an den Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: ohne Beschlussempfehlung verwiesen

Zu Punkt 6:	Umsetzung der Zukunftsplanung Berufskollegs - Sachstandsbericht - Vorlage Nr. 40/003/2014
--------------------	--

Der Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 6 und 7 (inklusive Unterpunkte) aufgrund der inhaltlichen Nähe gemeinsam zu beraten.

Herr Janssen betont, dass die erforderliche Erhöhung der Zügigkeit der neuen gymnasialen Bildungsgänge an den Berufskollegs in Hilden und Mettmann belegen, dass die von Politik und Verwaltung entwickelten Entscheidungen aus der Zukunftsplanung erfolgreich sind. Bezüglich der IT-Fachinformatiker am Berufskolleg Ratingen bleibt zu hoffen, dass die erforderlichen Schülerzahlen noch erreicht werden.

Herr Koester äußert Zweifel, ob die personelle und materielle Ausstattung der Berufskollegs für eine qualifizierte Beschulung in diesen Berufsfeldern ausreichend ist.

Frau Köster-Flashar bittet um konkretere Erläuterung, aus welchen Gründen die Bezirksregierung die Genehmigung für Medizinische Fachangestellte am Berufskolleg Mettmann zurückgestellt hat. Dazu erläutert Frau Haase, dass einerseits ein Gespräch mit Vertretern der Ärzteschaft ergeben hat, dass diese mit der momentanen Beschulung in Wuppertal und Düsseldorf zufrieden sind. Daher sei wenig Bereitschaft vorhanden, ein erprobtes System zu verlassen, um die Auszubildenden in Mettmann beschulen zu lassen. Andererseits hat die Stadt Wuppertal als Schulträger Bedenken vorgetragen, weil eine zu große Konkurrenzsituation erwartet wird.

Herr Tondorf bewertet die Sachstandsentwicklung ebenfalls deutlich positiv. Er regt an, das Tempo der Zentralisierung von Elektroniker/innen für Energie- und Gebäudetechnik am Standort Mettmann ggf. zu verlangsamen. Es sollte die aktuelle Entwicklung der Schülerzahlen und -ströme beobachtet werden.

Ausschuss und Verwaltung sind sich darüber einig, dass aufkommenden Gerüchten über eine vermeintliche Benachteiligung einzelner Berufskollegs deutlich entgegenzutreten sei. Mit Blick auf das Berufskolleg Velbert hebt Herr Freund hervor, dass erste Vorgespräche zur Errichtung eines zdi-Schülerlabors vielversprechend verlaufen sind. Dadurch kann die Anbindung der zubringenden Schulen mit dem Berufskolleg weiter gestärkt werden. Sorgen bereitet dagegen, dass die Zahl der Auszubildenden weiter abnimmt. Auch die Ausschussmitglieder sollten sich bietende Chancen nutzen, mit Blick auf den drohenden Fachkräftemangel bei Betrieben für vermehrte Ausbildung zu werben.

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 7: Zukunftsplanung Berufskollegs

Zu Punkt 7.1: - Einrichtung des dualen Bildungsgangs IT-Fachinformatiker/in am Berufskolleg Ratingen - Vorlage Nr. 40/034/2013
--

Die Vorlage wurde inhaltlich zusammen mit TOP 6 beraten.

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Mettmann beschließt mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 die Errichtung des einzügigen dualen Bildungsgangs IT-Fachinformatiker/in in den Fachrichtungen Anwendungsentwicklung und Systemintegration in der Form einer gemeinsamen Beschulung am Berufskolleg Ratingen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 7.2: - Erweiterung der Zügigkeit des Bildungsganges "Berufliches Gymnasium für Gesundheit" am Berufskolleg Neandertal in Mettmann - Vorlage Nr. 40/014/2014
--

Die Vorlage wurde inhaltlich zusammen mit TOP 6 beraten.

Beschluss:

Der Beschluss über die Errichtung des Bildungsganges "Berufliches Gymnasium für Gesundheit" am Berufskolleg Neandertal in Mettmann vom 14.10.2013 wird dahingehend abgeändert, dass der Bildungsgang zum 01.08.2014 nicht ein- sondern zweizügig errichtet wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 7.3: - Erweiterung der Zügigkeit des Bildungsganges "Berufliches Gymnasium im Fachbereich Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften" am Berufskolleg Hilden - Vorlage Nr. 40/015/2014

Die Vorlage wurde inhaltlich zusammen mit TOP 6 beraten.

Beschluss:

Der Beschluss über die Errichtung des Bildungsganges "Berufliches Gymnasium im Fachbereich Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften" am Berufskolleg Hilden vom 14.10.2013 wird dahingehend abgeändert, dass der Bildungsgang zum 01.08.2014 nicht ein- sondern zweizügig errichtet wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 8: Qualifizierung und Beratung von Jugendlichen an den Berufskollegs
des Kreises Mettmann
- Vorlage Nr.**

**Zu Punkt 8.1: -Evaluierung der Qualifizierungsprojekte von Jugendlichen für den
Arbeitsmarkt
- Vorlage Nr. 40/008/2014**

Frau Haase fasst die Ergebnisse der in Kürze endenden Wahlperiode zusammen. Der Kreis Mettmann hat sich mit seinen Berufskollegs diesem Thema frühzeitig gewidmet und kann gute Erfolge vorweisen. Herr Freund erläutert, dass seit 2006 rund 1,6 Mio. Euro für Qualifizierungsprojekte an den Berufskollegs eingesetzt wurden, wodurch mehr als 400 Schülerinnen und Schüler zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden konnten. Dies entspricht einem Durchschnitt von rund 4.000,- Euro je Schüler/in. Nach Auffassung der Verwaltung ist diese überschaubare Summe eine gut angelegte Investition, um solchen Jugendlichen, die mehr Unterstützung auf dem Weg in das Erwerbsleben benötigen, eine nachhaltige Perspektive zu ermöglichen. Im kommenden Jahr wird zu entscheiden sein, ob derartige Maßnahmen auch über das Jahr 2016 hinaus fortgeführt werden sollen.

Die Schulleitungen der Berufskollegs haben sich in einem Schreiben an den Landrat gewandt und sich für die Weiterführung der Schulsozialarbeit für diese Zielgruppe ausgesprochen. Darauf eingehend wird die Verwaltung für die Haushaltsberatungen 2015 ein entsprechendes Konzept zur Beratung vorlegen.

Herr Gödde bewertet die vorgelegte Evaluation positiv. Es mache sich schnell bezahlt, Jugendliche bei der Qualifizierung für den Arbeitsmarkt zu unterstützen und sie damit zu befähigen, sich auf lange Sicht im Erwerbsleben zu behaupten. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN signalisiert er Unterstützung für die künftige Weiterführung solcher Maßnahmen.

Nach Auffassung von Herrn Janssen ist die Fortsetzung der Qualifizierungsprojekte eher eine Frage des politischen Willens als der finanziellen Aspekte. Die eingesetzten Gelder amortisieren sich sehr schnell, da weniger volkswirtschaftliche Transferleistungen benötigt werden.

Frau Köster-Flashar betont, dass besonders für Jugendliche mit Unterstützungsbedarf eine Begleitung von Beginn an wichtig ist. Sie bitte um Information, an welcher Stelle diese Maßnahmen im Übergangssystem Schule-Beruf eingebunden werden. Dazu erläutert Frau Pesler, dass inzwischen im Regionalen Bildungsbüro eine halbe Stelle besetzt ist, deren Schwerpunkt das Themenfeld der schulischen Inklusion ist. Die Qualifizierungsprojekte der Berufskollegs fließen in die dortigen Betrachtungen selbstverständlich mit ein.

Herr Koester bewertet die vorgelegte Auswertung ebenfalls positiv, allerdings sei zu bemängeln, dass die Kapazitäten nur begrenzt seien. Nach seiner Auffassung sollte das Angebot für mehr Schüler/innen erweitert werden.

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 8.2: Finanzierung der Schulsozialarbeit
hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 06.02.2014
- Vorlage Nr. 40/009/2014**

Herr Koester dankt für die Antworten der Verwaltung. Er bemängelt allerdings, dass noch immer offen bleibe, wie die verbliebenen Restmittel verwendet wurden. Zudem sei wenig nachvollziehbar, warum einzelne Städte im Kreisgebiet den Stellenumfang der Schulsozialarbeit deutlich reduzieren.

Frau Haase erläutert, dass die zur Rede stehenden Gelder durch das Kreissozialamt bewirtschaftet werden. Sie konkretisiert, dass die Verwaltung bestrebt ist, alle zur Verfügung gestellten Gelder abzurufen, um die Schulsozialarbeit nach Bildung und Teilhabe so lange wie möglich weiterzuführen. Am 28.03.2014 wird in einer Besprechung mit den Städten abgestimmt werden, wer über 2014 hinaus noch Stellen vorhalten wird und wie die zur Verfügung stehenden Restmittel auf die verbleibenden Akteure verteilt werden.

Herr Tondorf macht darauf aufmerksam, dass die Reduzierung des Stellenumfangs in manchen Städten auch darauf zurückzuführen sei, dass es sich schwierig gestaltet, für einen derartigen Stellenzuschnitt ausreichend Bewerber zu finden.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 9:	Regionales Bildungsnetzwerk - Kommunale Koordinierung Übergang Schule-Beruf - mündlicher Bericht
--------------------	---

Frau Pesler erläutert die der Einladung als Anlage beigefügte Präsentation zum Sachstand des Regionales Bildungsnetzwerkes. Darin wird auf die Kommunale Koordinierung im Übergang Schule-Beruf als eines der drei beschlossenen Handlungsfelder konkreter eingegangen.

Die Platzkontingente für die Durchführung der Standardelemente wie z.B. der Potenzialanalyse werden in den kommenden Jahren stetig ausgebaut. Zum Schuljahr 2016/17 sollen alle Schülerinnen und Schüler der 8. Klassen in NRW die Potenzialanalyse durchlaufen. Für das kommende Schuljahr 2014/15 haben aus dem Kreis Mettmann weitere 29 Schulen (mit 1.776 Plätzen) ihr Interesse bekundet. Sollten alle Interessenten den Zuschlag durch die Bezirksregierung erhalten, so wären alle Schulformen und alle Städte im Kreis bereits im kommenden Jahr an dem Programm beteiligt.

Die Koordinierungsgruppe Übergang Schule-Beruf ist inzwischen gestartet. Die regionalen Entscheidungsnotwendigkeiten durch den Lenkungskreis sind somit vorbereitet, um im Anschluss die Potenzialanalysen durch regional verankerte Bildungsträger an den zugelassenen Schulen noch bis zu den Sommerferien durchzuführen zu lassen.

Verschiedene Ausschussmitglieder loben die übersichtliche und informative Darstellung dieses komplexen Themas. Herr Koester kritisiert erneut, dass in der Gremienstruktur die Gewerkschaften nicht eingebunden sind. Dazu erläutert Frau Haase, dass die jetzige Struktur das Ergebnis intensiver Absprachen mit relevanten Akteuren ist. Zunächst gilt es, das vereinbarte System zu erproben. Nachbesserungen seien zu einem späteren Zeitpunkt möglich.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 10:	Offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Schule und Kultur - Vorlage Nr. 40/013/2014
---------------------	---

Bezüglich des Beschlusses zur Kreiskunstaussstellung bittet Herr Gödde um Informationen, ob bereits absehbar sei, dass die Finanzierung durch Sponsoren gesichert ist. Dazu erläutert Frau Haase, dass dies noch nicht beantwortet werden kann, weil noch keine aktive Sponsorensuche stattgefunden hat.

Diesbezüglich weist Frau Greve-Tegeler darauf hin, dass nicht nur die Verwaltung aufgefordert ist, Sponsoren für die Kreiskunstaussstellung zu gewinnen. Sie ruft ebenso die Fraktionen dazu auf, entsprechende Kontakte zu nutzen und Verantwortung für die Durchführung der Ausstellung zu übernehmen.

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den Bericht der Verwaltung über die Beschlusskontrolle 2013 zur Kenntnis.

Zu Punkt 11: Nachträge

Zu Punkt 11.1: Kurzzeitparkplätze am Medienzentrum Hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 13.03.2014 - Vorlage Nr. 40/016/2014
--

Herr Gödde trägt vor, dass trotz der steigenden Nachfrage nach digitalen Medien immer noch Bedarf bestehe, am Medienzentrum Geräte wie Beamer oder Leinwände zu entleihen und abzuholen. Es sei daher nicht zufriedenstellend, dass die bisher zur Verfügung stehenden Parkplätze inzwischen für Mitarbeitende der Verwaltung reserviert seien und Kunden nur die Möglichkeit bleibe, in der Feuerwehrezufahrt zu parken.

Frau Haase erläutert, dass die Reservierung der Parkflächen erfolgt sei, um häufige Laufwege der entsprechenden Bediensteten zum Parkplatz am Verwaltungsgebäude I zu vermeiden. Zudem würde die Ausweisung von amtsbezogenen Kundenparkplätzen einen Paradigmenwechsel bedeuten. Die Kunden zahlreicher anderer publikumsintensiver Abteilungen nutzen die allgemein zur Verfügung stehenden Parkmöglichkeiten. Die beantragte Änderung sei daher wenig nachvollziehbar.

Herr Gödde vertritt die Auffassung, dass in diesem Fall eine Sonderregelung möglich sein sollte, da Kunden des Medienzentrums in der Regel Gerätschaften zu transportieren hätten. Auch Herr Koester spricht sich dafür aus, eine Parkmöglichkeit für Kunden zu schaffen.

Herr Janssen erklärt, dass der Antrag inhaltlich nicht mitgetragen werde.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

- 8 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
- 3 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
- 3 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
- 2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Nein-Stimme UWG-Fraktion
- 1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:45 Uhr

gez.
Wolfgang Diedrich

gez.
Susanne Heinrich